



Hennef
DER BÜRGERMEISTER

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Generationen,
Soziales und Integration**

am

Wochentag	Datum
Dienstag	19.11.2019

Sitzung des Ausschusses für **Generationen, Soziales und Integration**
am 19.11.2019

Übersicht über die gefassten Beschlüsse		
TOP	Beratungsgegenstand	Beschluss Nr.
	Öffentliche Sitzung	
1	Beschlussvorlagen	
1.1	Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers	136
1.2	Gebührenanpassung der Unterbringungssatzung vom 30.09.2019; Antrag der SPD-Fraktion vom 30.09.2019	137
1.3	Vorberatung Haushalt 2020/2021; Produktbereich 05 "Soziale Hilfen" Produkt 124 "Grundversorgung und Leistungen nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch" Produkt 125 "Leistungen Asylbewerber" Produkt 126 "Förderung der Wohlfahrt"	138
1.4	Vorberatung Haushalt 2020/2021; Produktbereich 05 "Soziale Hilfen" Produkt 127 "Älterwerden"	139
1.5	Vorberatung Haushalt 2020/2021; Produktbereich 10 "Bauen und Wohnen" Produkt 223 "Wohnungshilfen"	140
2	Anfragen	
2.1	Bildungs- und Teilhabepaket; Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.10.2019	
3	Mitteilungen	
3.1	Hennefer Leitfaden für Seniorinnen und Senioren	
3.2	Jahresübersicht 2019 der Stabsstelle Inklusion/Älterwerden	
	Nicht öffentliche Sitzung	
4	Beschlussvorlagen	
5	Anfragen	
6	Mitteilungen	

N i e d e r s c h r i f t

Vorbemerkungen

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:40 Uhr
Ort: Rathaus, Saal Hennef (T3.01), Frankfurter Straße 97, 53773 Hennef
Einladungsdatum: 04.11.2019
Nachtragsdatum: ---

Vorsitzende: Edelgard Deisenroth-Specht
Schriftführer: Torsten Lorenz

Anwesenheitsliste:

Vorsitzende

Deisenroth-Specht, Edelgard SPD

stellv. Vorsitzende

Berger, Claudia CDU

Ratsmitglieder

Akstinat, Dorothee SPD
Hartwig, Wolfgang Die Unabhängigen
Hauf, Reinhard, Dr. CDU
Keuenhof, Elisabeth CDU
Mikolajczak, Dirk CDU
Precker, Axel SPD

Vertretung für Herrn Mario Dahm

Reuter, Thomas Bündnis 90 / Die Grünen
Stratmann, Irene SPD
Walterscheid, Theo CDU

sachkundige Bürger/innen

Hauf, Bertram SPD
Jurgenowski, Heidemarie SPD
Nosbach, Doris CDU
Schubert, Swen CDU
Stahn, Astrid Bündnis 90 / Die Grünen
Vendel, Eva CDU
Zillger, Franziska FDP

Sitzung des Ausschusses für **Generationen, Soziales und Integration**
am 19.11.2019

stellv. sachkundige Bürger/innen

Lohmann, Elisabeth

CDU

Vertretung für Herrn Arndt
Lagemann

Seniorenvertretung

Bigge, Gerd, Prof.

Seniorenvertretung

Von der Verwaltung waren anwesend:

Bigge, Waltraud

Leiterin des Amtes für soziale Angelegenheiten

Herkt, Martin

Beigeordneter Dezernat IV

Norden, Judith

Leiterin der Stabsstelle Inklusion / Älterwerden

Piehlke, Lena

Mitarbeiterin der Stabsstelle Inklusion / Älterwerden

Steffan, Mira

Mitarbeiterin des Amtes für Kultur, Sport u. Öffentlichkeitsarbeit

Walter, Michael

Erster Beigeordneter

Sitzung des Ausschusses für **Generationen, Soziales und Integration**
am 19.11.2019

TOP	Beratungsgegenstand	Beschluss Nr.
	Öffentliche Sitzung	
1	Beschlussvorlagen	

Die Ausschussvorsitzende, Frau Deisenroth-Specht (SPD-Fraktion), eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Generationen, Soziales und Integration und stellte fest, dass die Einladung ordnungsgemäß erfolgt ist und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zu Beginn der Ausschusssitzung wurden zwei Anfragen der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ vom 18.11.2019 zum TOP 1.3 als Tischvorlage verteilt. Weiterhin wurde der Tischvorlage die Antwort der Verwaltung beigelegt. Alle Schreiben sind der Niederschrift beigelegt.

Der Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration beschloss einstimmig die Tagesordnung in der vorliegenden Form.

1.1	Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers	136
-----	--	-----

Frau Julia Gerhards-Funke wird zur stellvertretenden Schriftführerin des Ausschusses für Generationen, Soziales und Integration bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.2	Gebührenanpassung der Unterbringungssatzung vom 30.09.2019; Antrag der SPD-Fraktion vom 30.09.2019	137
-----	---	-----

Die Anlage 1 zum § 12 Abs. 2 der Satzung der Stadt Hennef über die Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen (Unterbringungssatzung) wird unter Punkt 1 (Unterbringung von Personen § 1 Abs. 2 Buchstabe a, b und c) um den Personenkreis der Selbstzahler, Auszubildende und ab der 4. Person im Haushalt (ab vollendetem 15. Lebensjahr), ergänzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.3	Vorberatung Haushalt 2020/2021; Produktbereich 05 "Soziale Hilfen" Produkt 124 "Grundversorgung und Leistungen nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch" Produkt 125 "Leistungen Asylbewerber" Produkt 126 "Förderung der Wohlfahrt"	138
-----	---	-----

Zu Beginn der Ausschusssitzung wurden die zwei Anfragen der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ vom 18.11.2019 als Tischvorlage verteilt. Weiterhin wurde der Tischvorlage die Antwort der Verwaltung beigelegt. Alle Schreiben sind der Niederschrift beigelegt.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde über folgenden abgeänderten Beschlussvorschlag abgestimmt:

Der Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration nimmt die im Entwurf der Haushaltssatzung 2020/2021 vorgesehenen Ansätze in dem Produktbereich 05 in der vorgesehenen Höhe unter Berücksichtigung der in der Sitzung beschlossenen Änderungen zur Kenntnis. Eine endgültige Entscheidung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4	Vorberatung Haushalt 2020/2021; Produktbereich 05 "Soziale Hilfen" Produkt 127 "Älterwerden"	139
-----	---	-----

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde über folgenden abgeänderten Beschlussvorschlag abgestimmt:

Der Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration nimmt die im Entwurf der Haushaltssatzung 2020/2021 vorgesehenen Ansätze in dem Produktbereich 05 in der vorgesehenen Höhe unter Berücksichtigung der in der Sitzung beschlossenen Änderungen zur Kenntnis. Eine endgültige Entscheidung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.5	Vorberatung Haushalt 2020/2021; Produktbereich 10 "Bauen und Wohnen" Produkt 223 "Wohnungshilfen"	140
-----	--	-----

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde über folgenden abgeänderten Beschlussvorschlag abgestimmt:

Der Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration nimmt die im Entwurf der Haushaltssatzung 2020/2021 vorgesehenen Ansätze in dem Produktbereich 10 in der vorgesehenen Höhe unter Berücksichtigung der in der Sitzung beschlossenen Änderungen zur Kenntnis. Eine endgültige Entscheidung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2	Anfragen	
---	-----------------	--

Herr Theo Walterscheid (CDU-Fraktion) erkundigte sich über die aktuellen Bindungsfristen und Belegungsrechte der Sozialwohnungen.

Antwort der Verwaltung:

In Absprache mit Herrn Walterscheid wird die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Generationen, Soziales und Integration einen Bericht über die aktuellen Bindungsfristen und Belegungsrechten von Sozialwohnungen vorlegen.

2.1	Bildungs- und Teilhabepaket; Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.10.2019	
-----	---	--

Der Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

3	Mitteilungen	
---	---------------------	--

3.1	Hennefer Leitfaden für Seniorinnen und Senioren	
-----	--	--

Der Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.2	Jahresübersicht 2019 der Stabsstelle Inklusion/Älterwerden	
-----	---	--

Der Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Sitzung des Ausschusses für **Generationen, Soziales und Integration**
am 19.11.2019

	Nicht öffentliche Sitzung	
4	Beschlussvorlagen	

keine

5	Anfragen	
---	-----------------	--

Die Anfrage des Ausschussmitgliedes Dorothee Akstinat (SPD-Fraktion) wurde seitens der Verwaltung in der Ausschusssitzung beantwortet.

6	Mitteilungen	
---	---------------------	--

keine


Edelgard Deisenroth-Specht
Vorsitzende


Torsten Lorenz
Schriftführer


Martin Herkt
Beigeordneter

Tischvorlage
zur Sitzung des Ausschusses für Generationen,
Soziales und Integration am 19.11.2019

TOP 1.3

Vorberatung Haushalt 2020/2021

Anfrage der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ vom 18.11.2019

Anlage Nr. 14 und 15

- Anfrage der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ vom 18.11.2019 zum Produkt 124
- Antwort der Verwaltung

Anlage Nr. 16 und 17

- Anfrage der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ vom 18.11.2019 zum Produkt 125
- Antwort der Verwaltung



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN RATHAUS 53773 HENNEF

E: 18. NOV. 2019

FRAKTION IM RAT DER STADT HENNEF

AN DEN
BÜRGERMEISTER DER STADT HENNEF
HERRN KLAUS PIPKE
RATHAUS
53773 HENNEF

Matthias Ecke
Fraktionsvorsitzender
Astrid Stahn
Fraktionsgeschäftsführerin

Fraktionsgeschäftsstelle
Rathaus, Raum 2.09, 53773 Hennef
Tel: +49 (2242) 888 200
Fax: +49 (2242) 888 7 200
gruene@hennef.de

Hennef, 18. November 2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit stellen wir folgenden Anfrage zum Haushalt:

Haushalt Seite 852-855 – Produkt 124

Grundversorgung und Leistungen nach dem zwölften Buch Sozialgesetzbuch

Anfrage: Die Anzahl der Grundsicherungszugänge ist höher als die Anzahl der Grundsicherungsabgänge trotzdem bleibt die Anzahl der Grundsicherungsfälle über die Jahre gleich. Wie ist das zu erklären?

Wo wird der Aufwand für die gezahlte Hilfe zum Lebensunterhalt verbucht?

gez. Matthias Ecke
Fraktionsvorsitzender

Astrid Stahn
Fraktionsgeschäftsführerin

Astrid Stahn

Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration

am 19.11.2019

Tagesordnung:

Anfrage zum Haushalt – Produkt 124,

Anfrage der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ vom 18.11.2019

Antwort der Verwaltung:

Die Anzahl der Grundsicherungsfälle, die Grundsicherungszugänge und Grundsicherungsabgänge werden in Leistungskennzahlen rückwirkend und zukünftig erfasst. Bei den zukünftigen Leistungskennzahlen handelt es sich lediglich um eine Prognosedarstellung der zu erwartenden Grundsicherungsfälle. Da eine genaue Anzahl der Fälle nicht vorhersehbar ist, handelt es sich um eine fiktive Annahme der zu erwartenden Zu- und Abgänge und damit auch der Gesamtanzahl der Grundsicherungsfälle. Aufgrund einer Gesetzesänderung (BTHG), wird für das Jahr 2020 eine Erhöhung von insgesamt 90 Fällen prognostiziert. Somit wird von einer Gesamtfallzahl von 650 ausgegangen. Ob diese tatsächlich erreicht wird oder nicht, kann erst im Nachgang verbindlich beurteilt werden. Es wird weiter davon ausgegangen, dass die Gesamtfallzahl von 650, sofern sie erreicht wird, gleichbleibend ist.

Der Aufwand für die gezahlte Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) wird nicht im städtischen Haushalt erfasst. Das Gleiche gilt auch für die Grundsicherungsleistungen im Alter nach dem SGB XII. Die Stadt Hennef (Sieg) erstellt den Leistungsbescheid für die Sozialhilfeleistungen nach dem SGB XII im Auftrag des Bundes an die betroffenen Personen. Konkret werden die o. g. Leistungen über die Kreisverwaltung des RSK, die Kreiskasse, an die Hilfeempfänger ausgezahlt.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN RATHAUS 53773 HENNEF

E; 18. NOV. 2019

AN DEN
BÜRGERMEISTER DER STADT HENNEF
HERRN KLAUS PIPKE
RATHAUS
53773 HENNEF

FRAKTION IM RAT DER STADT HENNEF

Matthias Ecke
Fraktionsvorsitzender
Astrid Stahn
Fraktionsgeschäftsführerin

Fraktionsgeschäftsstelle
Rathaus, Raum 2.09, 53773 Hennef
Tel: +49 (2242) 888 200
Fax: +49 (2242) 888 7 200
gruene@hennef.de

Hennef, 18. November 2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit stellen wir folgenden Anfragen zum Haushalt:

**Haushalt Seite 862-865 – Produkt 125
Leistungen für Asylbewerber**

Anfragen:

Erhält Hennef eine Integrationspauschale? Wenn ja, in welcher Höhe und wo wird sie verbucht?

Wieso gibt es weder privatrechtliche noch öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte für die Flüchtlingswohnungen?

Wo werden die Einnahmen aus Strom von den Flüchtlingen verbucht?

571103 – Welches Gebäude wird unter dieser Position abgeschrieben?

581105- Für welches Gebäude wird hier der Mietaufwand verrechnet?

542201- Mieten und Pachten – Wie kommt der Ansatz von 900000 Euro zustande, im letzten Sozialausschuss wurden uns die Mieten mit 43.289 Euro pro Monat angegeben?

gez. Matthias Ecke
Fraktionsvorsitzender

Astrid Stahn
Fraktionsgeschäftsführerin

Astrid Stahn

Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration

am 19.11.2019

Tagesordnung:

Anfrage zum Haushalt – Produkt 125,

Anfrage der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ vom 18.11.2019

Antwort der Verwaltung:

Mit Bescheid vom 15.10.2019 hat die Bezirksregierung Arnsberg der Stadt Hennef (Sieg) eine Integrationspauschale in Höhe von 1.047.872,11 € gewährt. Dabei handelt es sich um Zuweisungen für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 30.11.2020 für Integrationsmaßnahmen. Als Integrationsmaßnahmen können z. B. der Spracherwerb, die Unterstützung und Begleitung von Menschen mit Migrationshintergrund bei Bildung, Ausbildung und Beschäftigung und die Förderung der Teilhabe angesehen werden. Die Verwendung des o. g. Betrages ist mittels eines Verwendungsberichtes und Testats entsprechend nachzuweisen. Da die Stadtverwaltung einen etwaigen Rechtsweg prüft, konnte der Betrag noch nicht veranschlagt werden.

Die Leistungsentgelte für die Flüchtlingswohnungen zählen zu den sozialen Leistungen der Kosten der Unterkunft (Miete und Mietnebenkosten). Daher werden diese auch unter dem Sachkonto 421101 vereinnahmt.

Die Einnahmen aus Strom werden nicht gesondert budgetiert. Diese fallen ebenfalls unter die Mietnebenkosten und werden auch unter dem SK 421101 etatisiert.

Mit Inkrafttreten der Unterbringungssatzung zum 01.01.2020 werden die tatsächlich anfallenden Benutzungsgebühren auf ein separates neues Ertragskonto verbucht.

Unter dem SK 571103 werden die Sanitärcontainer aus der „Reutherstraße 11“ abgeschrieben. Die Container werden weiter vorgehalten.

Über das SK 581105 wird der Mietaufwand einer von Flüchtlingen genutzten Schulhausmeisterwohnung intern verrechnet. Weiterhin wurde dort irrtümlich das „INTERKULT“ (ehemaliges Asylheim) weiter verrechnet. Dieser Fehler wird zum endgültigen Haushalt bereinigt.

Das Objekt „Wippenhohner Straße 14/16“ wird vom „INTERKULT“ genutzt, so dass der Mietaufwand ab 2020 im KTR 126 intern verrechnet wird.

Wie der Gebührenkalkulation aus der Sitzung vom 24.09.2019 zu entnehmen ist, handelt es sich bei dem Betrag in Höhe von 43.289,00 € um die Grundmiete/Kaltmiete. In dem Gesamtansatz (SK 542201) in Höhe von 900.000,00 € sind neben der Grundmiete noch die anfallenden Nebenkosten erfasst. Die monatlichen Gesamtkosten für die Grundmiete (43.289,39 €) und die Nebenkosten (28.568,89 €) betragen 71.858,28 €. Somit betragen die jährlichen Kosten 862.299,36 € (12 x 71.858,28 €).